

## **Positionierung des Verbands saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung (juz-united) bzgl. der AfD**

Der Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. (juz-united) schließt sich im Grundsatz der Position des Landesjugendrings Saar (LJR saar) zum Umgang mit der AfD an, die auf der Vollversammlung am 09.12.2023 verabschiedet wurde. Als einer der drei antragstellenden Jugendverbände stehen wir hinter der Positionierung, die wir im Folgenden inhaltlich für unsere Organisation übernehmen und mit verbandsspezifischen Änderungen versehen.

### **Die AfD ist keine Alternative für die Jugend**

Im Sinne der Werte und Ziele der Jugendzentrumsbewegung bekennt sich juz-united zu dem Ziel, für eine friedliebende, gewaltfreie, tolerante, demokratische und offene Gesellschaft einzutreten, sowie diese zu fördern.

Der Einsatz für eine demokratische Gesellschaft ist für den Verband jedoch kein reines Lippenbekenntnis. Stattdessen ermöglichen es – wie der 16. Kinder- und Jugendbericht des BMFSFJ feststellt – die selbstorganisierten und selbstverwalteten Zusammenschlüsse junger Menschen, „demokratische Prozesse in einem lebensweltnahen Kontext zu erfahren und mitzugestalten“<sup>1</sup>. Die entsprechenden Aktivitäten und Prozesse, in denen diese Erfahrungen stattfinden, sind dabei strukturell in Jugendverbänden und insb. auch in selbstverwalteten Jugendräumen angelegt.

#### **Demokratische Bildung ist nicht neutral!**

In der Gesamtheit und Pluralität der Jugendarbeit ist die von ihr geforderte und in ihren Angeboten strukturell angelegte demokratische Bildung nicht neutral, sondern findet ihre normative Orientierung „in den demokratischen Grundwerten, den Menschenrechten und ihren grundrechtlichen Konkretisierungen“<sup>2</sup>. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen und multiplen Herausforderungen und Krisen der Demokratie, zu denen u. a. das Phänomen von in ganz Europa erstarkendem autoritären Nationalismus, Rechtsextremismus und -populismus gehört<sup>3</sup>, wird die Bedeutung dieser normativen Orientierung dringender denn je.

Juz-united erkennt diese Bedeutung an und setzt sich daher gemäß der Werte der Jugendzentrumsbewegung nicht nur für eine demokratische Gesellschaft, sondern auch gegen militaristische, nationalistische, rassistische und antidemokratische Tendenzen ein, die einer solchen Gesellschaft entgegenstehen.

Bereits seit einigen Jahren beobachten wir jedoch, dass der normative Gehalt der demokratischen Bildung hart umkämpft ist und von „Rechts“ (in der BRD von der AfD) unter

---

<sup>1</sup> BMFSFJ (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. S. 365.

<sup>2</sup> BMFSFJ (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. S. 71.

<sup>3</sup> ebd.: S. 46.

Beschuss steht: Die Forderung nach Neutralität ist aber kein Qualitätsmerkmal demokratischer Bildung, sondern muss als „politischer Kampfbegriff“ verstanden werden.<sup>4</sup> Als solcher zielt der Begriff auf eine Diskursverschiebung ab und ist fester Bestandteil der neurechten Strategie, die Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs zu erringen. So wird beispielsweise versucht, explizit rassistische oder diskriminierende Denk- und Sprechweisen zu legitimieren sowie eine demokratische Zivilgesellschaft zu diskreditieren, die eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den dahinterstehenden Ideologien und gesellschaftlichen Ursachen versucht. Doch nicht nur Akteur\*innen der demokratischen Bildung und der Jugendarbeit geraten in die Zielscheibe der AfD, sondern auch staatliche Fördermittelgeber und Partner\*innen werden immer stärker unter Druck gesetzt<sup>5</sup>. Das Ergebnis ist nicht nur ein Klima der Verunsicherung und Angst, sondern auch eine fundamentale Infragestellung staatlicher Förderung für die Kinder- und Jugendhilfelandchaft und menschenrechtlicher Errungenschaften demokratischer Gesellschaften.

### **Die extreme Rechte im Aufwind – mit tödlichen Konsequenzen**

Gerade im Handeln der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), welche die erfolgreichste Organisationsform des deutschen Rechtspopulismus darstellt, lässt sich dieses Vorgehen deutlich erkennen.

Wir beobachten aktuell besorgt, wie erfolgreich die Diskursverschiebung nach rechts ist und dass Politiker\*innen aller Parteien sich nicht nur an der Hetze der AfD orientieren, sondern ihre menschenfeindlichen Positionen übernehmen - beispielsweise durch immer härtere Asylrechtsverschärfungen und rassistische Debatten über Zugehörigkeit. Die sprachliche Verrohung des öffentlichen Diskurses und die zunehmende Normalisierung der AfD, die Erfolge der AfD als „parlamentarischer Arm der extremen Rechten“<sup>6</sup> müssen auch vor dem Hintergrund einer ungebrochenen, tödlichen Kontinuität des Rechtsterrorismus seit 1945 verstanden werden. Die aktuelle Rechtsextremismusforschung spricht deshalb auch von der Qualität eines „extrem rechten (Alltags-)Terrors“<sup>7</sup>. Doch die Morde an Walter Lübcke 2019 sowie die rechtsterroristischen Anschläge 2019 in Halle und 2020 in Hanau sind nur die bisherige Spitze des rassistischen und antisemitischen Gewaltpotentials.

### **Autoritär und antipluralistisch: Die Jugendpolitik der AfD**

Gerade die jugendpolitischen Positionen und Forderungen der AfD fügen sich in dieses Bild ein und zeigen deutlich, weshalb die AfD keine Alternative für junge Menschen und Jugendverbände als Orte ihrer Selbstorganisation darstellt.

---

<sup>4</sup> Sturm, Michael (2019): »Neutralität« als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung (1/2019). S. 37-40.

<sup>5</sup> ebd.

<sup>6</sup> Salzborn, Martin (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. S. 9.

<sup>7</sup> Schedler, Jan (2019): Rechtsterrorismus und rechte Gewalt: Versuch einer Abgrenzung. In: Institut für Zivilgesellschaft und Demokratie (Hrsg.): Schwerpunkt: Rechtsterrorismus, Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie (06-2019). S. 107.

Aus den bundesweiten Anfragen und Anträgen der AfD lässt sich ein Jugendbild erkennen, „das eine demokratische, selbstbewusste und vielfältige Jugend ablehnt“<sup>8</sup>. Während die überwiegende Anzahl der Anträge und Anfragen den Anschein vermittelt, „subtil fragend und ‚neutral‘, interessiert und aufdeckend bzw. sachlich und kritikorientiert zu sein“<sup>9</sup>, soll damit lediglich suggeriert werden, dass die legitime Aufgabe einer Oppositionspartei eingelöst wird. Viele Anträge sind jedoch in Diktion und Forderung auch eindeutig aggressiv formuliert<sup>10</sup>. Dies zeigte sich auch anhand des Antrags der saarländischen AfD-Landtagsfraktion von 2018, in dem ein „Finanzierungsstopp“ und die „Überprüfung der Gemeinnützigkeit“ des LJR Saar gefordert wurde sowie die Mitgliedschaften einzelner Jugendverbände infrage gestellt wurden<sup>11</sup>. Währenddessen wird immer wieder die Mitgliedschaft der Jungen Alternative als Voraussetzung einer angeblich neutralen und gemeinnützigen Arbeit von Landesjugendringen gefordert, welche jedoch 2023 endgültig vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde.

Zusammengefasst würde die Umsetzung der jugendpolitischen Vorstellungen der AfD eine fundamental veränderte Förderpolitik und Trägerlandschaft bedeuten, die „mit der Einengung von Pluralismus und Handlungsspielräumen verbunden“<sup>12</sup> wäre. Die Jugendpolitik der AfD bettet sich damit nahtlos in eine Gesamtstrategie der AfD zum Umbau der Republik in ein völkisch verfasstes Gesellschaftskonzept mit autoritärem Staatsverständnis ein<sup>13</sup>, das durch biologistische Grundannahmen und ethnokulturellen Reinheitsfantasien geprägt ist. Damit würden Millionen von Jugendlichen ausgeschlossen – sei es aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer Migrationsbiografie.

Die Pläne von AfD Vertreter\*innen zur sog. „Remigration“ von Millionen von Menschen würden viele unserer Adressat\*innen betreffen und stehen unseren Vorstellungen eines Zusammenlebens nach humanistischen Wertvorstellungen diametral entgegen.

### **Die AfD ist keine Alternative für junge Menschen im Saarland!**

**Die politischen Ziele der AfD und ihre extrem rechte Ideologie stehen den Werten und Zielen von juz-united sowie unserer Funktion für eine demokratische Bildung und Interessenvertretung der Anliegen von jungen Menschen unvereinbar gegenüber.**

#### **Wir folgern daraus:**

- Wir werden als Verband solidarisch mit Jugendclubs und Jugendzentren zusammenstehen, die Ziele von politischer Agitation von Seiten der AfD oder anderer rechter Akteure werden und uns den Angriffen entgegenstellen.

---

<sup>8</sup> Hafener, Benno / Jestädt, Hannah / Schwerthelm, Moritz / Nils Schuhmacher / Zimmermann Gillian (2021): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. S. 98.

<sup>9</sup> ebd. S. 96.

<sup>10</sup> vgl. ebd. S. 97.

<sup>11</sup> Landtag des Saarlandes, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/288

<sup>12</sup> Hafener, Benno / Jestädt, Hannah / Schwerthelm, Moritz / Nils Schuhmacher / Zimmermann Gillian (2021): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. S. 102.

<sup>13</sup> vgl. ebd.

- Keine Kooperation mit der AfD. Wir werden bei eigenen Veranstaltungen keine Vertreter\*innen der AfD, sowie mit ihr assoziierte Einzelpersonen, Organisationen oder Untergliederungen einladen.
- juz-united wird bei eigenen jugendpolitischen Veranstaltungen in der Öffentlichkeitsarbeit vorab und zu Beginn der Veranstaltung darauf hinweisen, dass im Rahmen der Veranstaltungen keine rassistischen oder rechtsextremen Äußerungen geduldet werden, sowie Personen, welche Organisationen der extremen Rechten angehören, der Szene der extremen Rechten zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Teilnahme ausgeschlossen sind.
- Für die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter, zu denen die AfD und/oder ihre Mitglieder eingeladen werden, ist im Einzelfall abzuwägen, ob eigene Themen und Interessen in einer Form und in einem Ausmaß darstellbar sind, welches die Teilnahme rechtfertigt. Im Zweifelsfall soll eine Teilnahme begründet abgelehnt werden.
- Wir setzen Projekte und Vorhaben um, die auf eine solidarische, demokratische und gerechte Gesellschaft hinwirken. Dazu gehören insb. solche Initiativen, die auf die Teilhabe marginalisierter Gruppen und die Selbstbestimmung junger Menschen hinwirken.
- Wir unterstützen und kooperieren mit Initiativen und Partner\*innen, die unser Ziel einer demokratischen, friedlichen und inklusiven Gesellschaft teilen.
- Unser Anspruch ist es, in Fällen, in denen rechtsradikale Positionen oder Versatzstücke einer solchen Weltanschauung durch einzelne jugendliche Adressat\*innen unserer Jugendarbeit vertreten werden, die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen und solchen Ideen pädagogisch und entschieden zu begegnen.
- Zeigt sich jedoch, dass in einer Jugendgruppe, einem Jugendclub oder -Zentrum gefestigte rechtsradikale Haltungen vorherrschen und sich dies auch strukturell in der Jugendarbeit niederschlägt, muss im Einzelfall entschieden werden, an welcher Stelle eine Kooperation mit einem betreffenden Jugendclub/-zentrum oder einer Gruppe nicht mehr zielführend bzw. eine Mitgliedschaft im Verband nicht mehr mit unseren Werten und Zielen vereinbar ist. In solchen Fällen ist ggf. ein Ausschluss aufgrund vereinsschädigenden Verhaltens nach §5 Abs 6c der Satzung zu prüfen.

Saarbrücken, 20.03.2024

Der Vorstand des Verbands saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V.

juz-united